

5 Prozent – oder Bayern ist in Europa außen vor

Parteien müssen bei Europawahlen bundesweit mindestens fünf Prozent aller gültigen Stimmen erhalten – sonst keine Abgeordnete im Europäischen Parlament

Mellrichstadt. (frr) In Bayern hat nur eine bayerische Partei eine gute Chance, Abgeordnete aus diesem Bundesland nach Straßburg und Brüssel schicken zu können. Diese Meinung vertrat Steffen Vogel, Rechtsanwalt und Politologe bei seinem Vortrag, den er bei einer Veranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung in Mellrichstadt gehalten hat. Der Außen- und Sicherheitspolitische Arbeitskreis Rhön-Grabfeld hatte dazu am 03. April ins Hotel Sturm eingeladen. Das Thema des Vortrags lautete: „Die EU – Chancen und Risiken der europäischen Integration für unsere Arbeitsplätze, Wirtschaft, Umwelt und Sicherheit“.

Vogel beklagte bei seinem Vortrag, wie gering das Interesse für und der Kenntnisstand von der Bedeutung dieser Wahlen in der Bevölkerung sei. 70 bis 80 Prozent aller deutschen Gesetze seien bereits durch europäische Vorgaben beeinflusst. Wer auf diese Gesetzgebung im bayerischen Interesse Einfluss nehmen wolle, müsse dafür sorgen, dass auch bayerische Abgeordnete in Straßburg maßgeblich mitreden können. Und das heißt, am 07. Juni unbedingt zur Wahl zu gehen. Und das auch dann, forderte Vogel auf, wenn dieser Termin so ungünstig mitten in den Pfingstferien liegt.

Europa ist nämlich für uns alle längst unentbehrlich geworden, sagte er. Und Europa wird für Deutschland immer wichtiger. Angesichts der unübersehbaren und fundamentalen Vorzüge durch die Zugehörigkeit zur Europäischen Union seien die zur Kritik herausfordernden Aspekte von sehr untergeordneter Bedeutung. Er forderte darum alle politischen Kräfte auf, vornehmlich aber auch die Lokalpolitiker und die Landräte, aktiv für den europäischen Gedanken einzustehen. Den Wahlkampf lediglich den Kandidaten zu überlassen finde keine breite Resonanz bei den Wählern, weil es die Kandidaten überfordere. Das sei besonders dann der Fall, wenn sie neben dem Wahlkampf auch ihren Verpflichtungen als EU-Parlamentsabgeordnete im geographisch fernen Straßburg und Brüssel nachgehen müssen.

„Europa ist nicht das Problem, Europa ist die Lösung!“ Mit dieser griffigen Formulierung fasste Vogel zusammen, dass z. B. auf dem Gebiet des Umweltschutzes, des Verbraucherschutzes, der Wirtschaft und der Agrarökonomie, der Sicherheits- und Verteidigungspolitik rein nationale Politiken nicht mehr wirkungsvoll sein können. Die Globalisierung verlangt supranationale, wenn nicht gleich weltweite Standards. Nur gemeinsam können dabei europäische, mithin auch deutsche Interessen durchgesetzt werden. Ein globales Patentamt könnte Deutschland z. B. auch vor einem Land wie China schützen, das in vielfacher Hinsicht ungeniert Wirtschaftsplagiat begeht. Bei der Festlegung der Standards müsse aber darauf geachtet werden, dass diese für alle gelten und von allen auch eingehalten werden. Denn sonst könnte die deutsche Wirtschaft z. B. benachteiligt werden, wenn sie sich an die Vorgaben hält, andere Nationen aber nicht. Vogel fragte auch, wie weit Deutschland bei seiner Vorreiterrolle wirklich vorausreiten solle.

Zu den großen Leistungen des vereinten Europas gehört vor allem auch die Sicherheit vor kriegesischen Konflikten, die so viele Jahrhunderte die nachbarschaftlichen Beziehungen der europäischen Nationen untereinander bestimmt hatten. Freizügigkeit, eine stabile Währung, europäische Rechtsstandards, die starke Regionalförderung für strukturschwache Gebiete, ein blühender Wirtschaftsaustausch (gerade auch mit den neuen EU-Mitgliedern im Osten und Südosten des EU-Gebiets) und Wohlstand auf einem – im globalen Vergleich – hohen Niveau für die absolute Mehrheit der Bürger, das seien großartige Leistungen, die die Europäer nach dem 2. Weltkrieg durch den Zusammenschluss zu größeren politischen Einheiten geschafft haben.

Diese großen Leistungen fänden aber zu oft nicht die ihnen gebührende Anerkennung im Bewusstsein der Menschen. Sie reiben sich viel eher an den „kleinen“ Aufgaben, die die EU auch übernommen hat und die freilich das Alltagsleben der Menschen unmittelbar berühren. Vogel hob hervor, dass die Kritik sich ausschließlich an Entscheidungen entzündet, die mit dem Verbraucherschutz zu tun haben. „Öko-Terroristen“ wollten, so Vogel, die Verbraucher vor allen möglichen Gefahren schützen und schossen dabei über das Ziel hinaus. Dadurch bewirkten sie aber, dass die EU in Misskredit gerate. Der Politologe setzte sich darum dafür ein, dass die Verordnungsfülle aus Brüssel deutlich zurückgenommen werden solle.

Deutschland ist ein sog. „Netto-Einzahler“, d. h. es gewährt der EU mehr Geld, als es von dort direkt zurückerhält. Auf den Kopf der Bevölkerungen gerechnet aber liegt mit 74 Euro pro Einwohner und Jahr (2005) unser Land keineswegs an der Spitze, Luxemburg z. B. oder die Niederlande entrichten weit mehr als doppelt so viel. Vom europäischen Binnenmarkt aber profitiert Deutschland wie kein anderes EU-Land. Der „Brittenrabatt“ jedoch sei ein Beispiel, dass viele Länder der Gemeinschaft noch zu nationalistisch und egoistisch denken.

Vogel sprach auch andere Probleme der EU an, z. B. dass das Europäische Parlament noch mehr Vollmachten erhalten müsse, dass die Einteilung in Stimmkreise noch Ungerechtigkeiten in sich berge, dass bei der Entwicklung der EU manches nicht mit den Wertevorstellungen der EU vereinbar war. Er stellte auch die Frage nach den Grenzen von Europa, im geographischen wie im politischen Sinn. „Nicht jedes Problem in Europa ist ein Problem für (ganz) Europa!“, sagte Vogel. Die Türkei dürfe der EU nicht beitreten, sie sei kulturell anders als der vom Christentum geprägte Kontinent, und ihr Beitritt

könnte durch den hohen Geburtenüberschuss der Türken und die hohe Bevölkerungszahl unüberwindliche soziale Probleme aufwerfen.

Vogel zog das Fazit: Mit 488 Millionen Einwohnern stellt die EU einen riesigen Binnenmarkt dar, der durch die Abschaffung der Binnenzölle und durch einheitliche Zulassungsverfahren zusammen mit einem stabilen Euro eine sichere Grundlage für Wohlstand und Gedeihen darstellt. Europa wird in Zukunft noch stärker werden. Die Frage sei nur, ob mit oder ohne deutsche bzw. bayerische Vertreter. Dafür, dass unser Bundesland auch auf europäischer Ebene gebührend repräsentiert ist, sollten alle politisch bewussten Bürger kämpfen. Denn: „Europa ist unsere Zukunft!“, sagte Vogel ganz am Ende seines Vortrags.